

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland u. Schweiz jährlich Fr. 48.—, halbjährlich Fr. 24.—, vierteljährlich Fr. 12.—, Deutschland halbj. Fr. 2.—, vierteljährlich Fr. 1.20.—. Das übrige Ausland halbj. Fr. 9.—, vierteljährlich 4.80.—. Amerika ganzj. Fr. 21.—. Postamtlich bestellt 80 Rp. Zuschlag. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Ku (Rheinthal) Tel. Nr. 751.99. Schweizleitung: Vaduz, Telefon Nr. 78. Verwaltung Vaduz, Telefon Nr. 42.

Organ für amtliche Kundmachungen

Anzeigenpreise: die 10spaltige Mittelzeile Anzeigen Reichsmark
Inland 4 Rp. 8 Rp.
Angrenz. Rheinthal (Gargans bis Genèva) 6 Rp. 12 Rp.
Uebrig. Schweiz 7 Rp. 14 Rp.
Ausland 8 Rp. 16 Rp.
Anzeigenannahme für das Inland und Felddruck:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Tel. Nr. 45;
für das Rheinthal, Schweiz und übriges Ausland:
Schweizer Annoncen S. G.
St. Gallen, Tel. 2.85.50; und übrige Zweiggeschäfte.

„Generalaufgebot zur Anbauschlacht“

III.

Welche Aufgabe stellt sich nun uns in Liechtenstein im Rahmen der schweizerischen Anbauschlacht?

Teilösungen haben wir die letzten Jahre im Voranschreiten der Selbstversorgung des Landes erreicht, aber es ist noch lange nicht das, was für den heutigen Stand der Ernährungslage als befriedigend bezeichnet werden könnte. Die Verordnung der Regierung vom 17. Oktober zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung des Landes bildet eine Grundlage für die Austragung der Anbauschlacht in unserem Lande, die Mobilisierung der Kräfte muß erst noch erfolgen. Das Problem des Arbeitseinsatzes wird dabei wohl die wichtigste Rolle spielen und verlangt neben der Ueberwachung der Tätigkeit der Anbaukommissionen in den Gemeinden heute schon ein Hauptaugenmerk der Behörden. Wie werden die nötigen Arbeitskräfte beigelegt oder vielmehr, wie werden sie in den ganzen Anbauplan eingestellt? wird mit einer der Grundfragen bleiben.

Dadurch, daß eine große Anzahl von Kräften durch die Anbaupflicht eines jeden Familienhalters in den Mehranbau eingeführt wird, ist ein Teil der Aufgabe des Arbeitseinsatzes glücklich gelöst. Eine Mehrausnutzung der Arbeitskraft wird dadurch erzielt. Wenn der Landwirt gehalten ist, mit seinen bisherigen Kräften mehr anzubauen, so muß auch der Arbeiter und Angestellte über seine bisherige Arbeitsleistung hinaus zur Verfügung beitragen. Es herrscht hierin im Lande vielfach noch eine unrichtige Auffassung, der Landwirt ist der Meinung, es werde die ganze Last auf seine Schultern abgeladen. Dann ist es wieder die fehlende geistige Einstellung für den Ernst der Situation, die der richtigen Einstellung entgegensteht. Bisher ist es uns ganz leidlich gegangen, wir stecken noch zu viel in der Vergangenheit und in der Gegenwart und vermögen die eventuell wartende ernste Zukunft nicht in unser geistiges Blickfeld zu bringen. Wir würden deswegen eine Propaganda- und Aufklärungsaktion der in Betracht fallenden Behörden zu Beginn des neuen Jahres als angezeigt erachten.

Vorher wird sich aber die Behörde auch im klaren sein müssen, wie sie über die Stellung der Arbeitskraft des betreffenden Anbauers für sein Areal mit dem weiteren Einsatz der Arbeitskraft fertig zu werden gedenkt. Wir wollen uns über die Schwierigkeit dieses Problems keine Illusionen machen, die Lage aber erfordert die totale Mobilisierung des Arbeitseinsatzes. Wie diese durchzuführen ist, soll die Behörden heute bereits schon beschäftigen. Bei uns gibt es keine Stadt, die ihre Jugend in der Freizeit für den Anbau oder für die Ernte aufs Land bringen könnte. Vielleicht 90% sind mit der Scholle ohnehin verbunden, sie werden alle am Wohnort ihre Arbeitskraft einsetzen können. Es bliebe noch die Pfadfinderorganisation, die bereit sein wird, ihre Kräfte in den Dienst der Anbauschlacht für das Vaterland zu stellen. Es müssen aber noch zusätzliche Kräfte für den Dauerdienst in der Landwirtschaft beigelegt werden.

Die Selbstversorgung von Angestellten und Arbeitern wird den Arbeitgebern auch die Pflicht auferlegen, derartige Bemühungen zu unterstützen. Die größten Schwierigkeiten aber wird, wie gesagt, die Beschaffung von Arbeitskräften betreffen, die auf den landwirtschaftlichen Betrieben neu eingesetzt werden müssen, wenn das Anbauprogramm der Regierung zur Durchführung kommen soll. Man wird in dieser Hinsicht nicht darum herum-

kommen, Arbeitskräfte, die früher in landwirtschaftlichen Arbeiten sich betätigten, d. Landwirtschaft zuzuhalten. Anders wird sich ein Arbeitsdienst in irgendeiner Form kaum umgehen lassen. Vergessen wir nicht, wir leben in einem Ausnahmezustand und sehen uns ein, jeder für sich und damit für alle.

Schlimmstenfalls wird es allerdings Pflicht der Behörden werden, zur Sicherung eines vollen Erfolges mit Zwangsmassnahmen einzuschreiten. Im Pflichtanbau für einen jeden sind sie bereits enthalten, sie könnten aber im schlimmsten Falle bei aller Antipathie für Zwang auch auf die Verteilung der Arbeitskraft zur Notwendigkeit werden. Das soll und wird aber die Behörden nicht daran hindern, im bevorstehenden Kampf um die Lebensmittelförderung vor allem und so weit als möglich an die Einsicht und an die freie Entscheidungsbereitschaft der Bürger zu appellieren, sie das Notwendige und Unvermeidliche nicht als lästigen Zwang, sondern vielmehr als große Aufgabe im Dienste des Landes empfinden lassen. Die „N. Z. Z.“ schrieb in ihrem Generalaufgebot zur Anbauschlacht am 17. Dezember: „Die bevorstehende Aktion greift in den Lebensbereich einer so großen Zahl von Mitbürgern ein, daß ein durchschlagender Erfolg überhaupt nur durch die verständnisvolle Einordnung des Gewaltaufbaus der vom Generalaufgebot zur Anbauschlacht erfassten Volkskreise erzielt werden kann“.

Oben haben wir bereits gesagt, daß man sich bis heute noch kaum zur geistigen Disziplin einer Kriegswirtschaft durchgerungen hat. Neben sachlichen Schwierigkeiten werden also vorerst die psychologischen Natur zu überwinden sein. Diese können aber vielleicht weitgehend überwunden werden, wenn rechtzeitig die richtigen Konsequenzen gezogen werden und frühzeitig auch eine richtige Aufklärung des gesamten Volkes betrieben wird. Die Zeit, die wir noch zur Verfügung haben, ist knapp bemessen. Je rascher die Mobilisierung der Kräfte in Angriff genommen werden kann, umso besser werden die Erfolgsaussichten sein.

Wir schließen unsere Ausführungen zum „Generalaufgebot zur Anbauschlacht“ mit den Worten der „N. Z. Z.“: „Ein voller Erfolg würde nicht nur die Sicherstellung der Landesversorgung mit den notwendigen Lebensmitteln bedeutend erleichtern, sondern aller Voraussicht nach darüber hinaus auch Auswirkungen staatspolitischer Natur haben, deren Wert ebenfalls nicht leicht überschätzt werden kann“.

Aus dem Landtag.

In der Sitzung vom letzten Montag befaßte sich der Landtag mit dem Voranschlag für das Jahr 1941. Die erste Lesung und Beratung, aus der einige Änderungen resultierten, wurde in der vorgängigen Konferenzsituation vorgenommen. Diese Beratungen erstreckten sich bis 4 Uhr nachmittags. Nach 4 Uhr fand die Eröffnung der öffentlichen Sitzung im Landtagsaal mit Begrüßung der Abgeordneten durch Herrn Präsident Frommelt statt. Nach Erledigung der Protokolle wurde gleich die Budgetberatung aufgenommen und die zweite Lesung des Voranschlages durchgeführt. In der Schlußabstimmung wurde derselbe einstimmig angenommen. Er schließt bei einer Einnahmensumme von Fr. 1,932,200.— gegen den Ausgabenbetrag von Fr. 1,918,715.80 mit dem recht bescheidenen Ueberschuß von Fr. 13,484.— ab, wozu allerdings zu bemerken ist, daß in diesem Budget noch ein Betrag von 250,000.— Fr. außerordentlicher Ausgaben — Kanalbau usw. — Unterkunft gesunden hat. Mehrkosten aus diesem Titel würden auf dem Anleihenwege

beschafft werden müssen. Die Kosten der Rüfen und der Rheinbauten werden wie bisher mit 70% übernommen, die Vermögens- und Erwerbsteuer sowie die Gemeinbezugschläge bleiben mit den bisherigen Ansätzen festgesetzt.

An Einnahmensposten verzeichnen: Abgabenverwaltung Fr. 500,000.—, Post- u. Markenregal 631,700.—, Zoll und Salzmonopol 468,000.—, Zinsen und Gewinnabgaben Fr. 240,000.—, Taxen und Gerichtsgebühren usw. 90,500.—, Landesverwaltung 26,100.—, Schule 2,500.—, Baumeisen 17,300.—, Land- und Forstwirtschaft 15,100.—, Auflagen 6,000.—. Bei den Ausgabenposten figuriert an erster Stelle das Baumeisen mit 447,400.—, dann Post, Telefon, Telegraph und Marken Fr. 240,700.—, Schule 189,700.—, Land- u. Forstwirtschaft 185,500.—, Landesverwaltung Fr. 178,000.—, Soziale Fürsorge 185,000.—, Gerichtswesen 55,000.—, Abgabenverwaltung Fr. 31,500.—, und endlich Zinsen und Amortisationen mit 415,000.— Franken.

Im Uebrigen verweisen wir auf das geschilderte Protokoll, mit dessen Ausdruck wir heute beginnen.

Protokoll

über die öffentliche Landtagsitzung vom 2. Dez. 1940, Beginn nachmittags 4 Uhr.
Anwesend: Dr. D. Schädlar.
Regierungsvertreter: Regierungschefstellvertreter Dr. Vogt.
Schriftführer Gagner.

Präsident eröffnet die öffentliche Sitzung u. begrüßt die Herren Abgeordneten. Sodann werden die Protokolle der letzten 2 öffentlichen Sitzungen verlesen und genehmigt. Dann geht der Landtag über zur Behandlung des Budgets für das Jahr 1941.

Nachdem in der Konferenz bereits die 1. Lesung stattgefunden, beginnt der Präsident die 2. Lesung des Gesetzes.

Bei Titel II bemerkt der Präsident, daß gemäß einem Konferenzbeschluss von einer Mehranstellung von Lehrern anstelle von Lehrschwwestern vorläufig abgesehen werden soll.

Titel III: Baumeisen:

Abg. Bühler: Ich möchte erwähnen, daß die Gemeinde Mauren allen Grund hat, sich über die ihr zuteilgewordene Behandlung zu beklagen. Schon im Jahre 1939 wurde der Postgebäudebau in Mauren beschlossen u. gleichfalls wurde beschlossen, die Straße Schaamwald-Mauren zu verbessern. Ich habe bei der letzten Budgetberatung mich noch extra erkundigt, ob dieses Straßenstück im Budget inbegriffen sei, was mir bejaht wurde. Beide Beschlüsse des Landtages wurden von der Regierung nicht ausgeführt. Ich kann verstehen, daß die heutige Zeit und die Umstände die Regierung veranlassen konnten, beschlossene Projekte nicht auszuführen. Die Regierung aber hätte das können im Landtage vorbringen und das ist in beiden Fällen nicht geschehen. Für die Gemeinde Mauren ist das vollkommen unverständlich, da die finanziellen Mittel damals noch vorhanden gewesen wären. Ich bin daher genötigt, folgende drei Anträge im Landtage einzubringen:

1. Die vorgesehenen Fr. 90,000.— für Straßenverbesserungen dürfen von der Regierung nur verwendet werden mit Zustimmung des Landtages.
2. Es soll der Beschluß, ein Postgebäude auf Landeskosten zu erstellen, aufgehoben werden. Ich bedaure sehr, daß das Projekt nicht ausgeführt worden ist. Ich bin aber nicht gegen den Bau durch Peter Büchel.
3. Stelle ich den Antrag, daß das Straßenprojekt Mauren-Schaamwald in den Vordergrund gestellt werde und wenn die Finanzen

des Landes es erlauben, diese Straße in erster Linie gemacht werde.

Es wurde seinerzeit betont, daß es unverständlich sei, wenn diese schlechte Straßentrecke nicht gemacht werde und es wird in Mauren ganz und gar nicht verstanden, daß trotzdem die Ausführung nicht zustandekam. Ich bitte den hohen Landtag, diese 3 Anträge zu genehmigen.

Präsident: Hierzu ist zu bemerken, daß die Kriegsverhältnisse einen Strich durch unsere Rechnung gemacht haben. Es mußten auch andere Projekte zurückgestellt werden, wie Tunnelbau und andere Straßenbauten. Bezüglich des Postgebäudebaues konnte zuerst in der Platzfrage keine Einigung erzielt werden und es wurden dem Bauamte Anträge auf Bodenkäufe gestellt, die ihm nicht annehmbar erschienen. Unterdessen traten die Kriegsverhältnisse ein und es ist ein Privatbau auf Grund einer privaten Initiative erbaut worden und die Post wird mietweise in dieses Haus hineinkommen. Ich habe nichts gegen eine Revision des seinerzeitigen Beschlusses, für mich ist es irrelevant. Man war seinerzeit bestrebt, die Sache in Angriff zu nehmen, aber durch die besonderen Umstände und dann später durch die Kriegslage und die daraus bedingte Finanzlage des Landes kam die Sache nicht zustande.

Risch Bernhard: Ich möchte der Auffassung Ausdruck geben, daß in dem genannten Betrage des Budgets die Fertigstellung der Neulestraße und die Landstrassenoberflächenbehandlung in Vaduz inbegriffen sind. Es wäre tatsächlich nicht mehr zu früh, wenn diese Arbeiten ausgeführt würden, nachdem sie schon solange der Fertigstellung harren. Uebrigens hat Vaduz seinen Kostenbeitrag wie auch die Objektausführungen schon längst geleistet.

Präsident: Ich möchte bitten, bei der heutigen Budgetberatung von einer Beschlussfassung Abstand zu nehmen, wie diese Fr. 90,000 zu verwenden seien, sonst werden noch andere Wünsche laut werden und dieser Betrag würde nicht ausreichen, diese alle zu befriedigen. Vielleicht könnte das einer späteren Sitzung vorbehalten werden.

Dr. Vogt: Was die Beschwerde der Gemeinde Mauren betrifft, so muß darauf verwiesen werden, daß die Verwirklichung dieser Projekte wohl beschlossen worden ist, daß aber die Finanzlage des Landes es nicht mehr erlaubte. Was die Anregung des Abg. Bühler wegen der Verwendung der Fr. 90,000 mit Zustimmung des Landtages betrifft, möchte ich anfragen, ob das so gemeint ist, daß jede kleine Kurvenverbreiterung mit Fr. 1000.— Kosten schon der Genehmigung des Landtages bedarf. Sollte hier nicht vielleicht ein Mindestbetrag festgelegt werden.

Bezüglich des Vormurfes, daß die fürstliche Regierung den Landtag nicht informierte über die Nichtdurchführung der Projekte, ist zu sagen, daß der Vormurf eine gewisse Bezeichnung hat, andererseits aber wäre es dem Abg. Bühler auch jederzeit zugestanden, sich darüber zu erkundigen. Was die Aufhebung des Beschlusses bezgl. des Postgebäudebaues betrifft, kann dies ohne weiteres geschehen, da wir alle überzeugt sind, daß ein Postgebäudebau auf Kosten des Landes derzeit nicht in Frage kommt. Daß die Straßentrecke Mauren-Schaamwald an erster Stelle gemacht wird, das könnte ich nicht unterstützen, da noch dringendere Projekte dazwischen treten könnten. Mir scheint überhaupt, daß ein solcher Beschluß ziemlich problematischen Charakter hat. Diesen Beschluß halte ich für absolut unnötig. Das Ganze trägt mehr demonstrativen Charakter.

Abg. Bühler: Die Ausführungen Dr. Vogts haben mich nicht befriedigt. Sie sind absolut nicht imstande, meine Ausführungen zu ent-